

# ■ DER GANZ „NORMALE WAHNSINN“

## RASSISMUS 20 JAHRE NACH DER FAKTISCHEN ABSCHAFFUNG DES ASYLRECHTS IN DEUTSCHLAND & IM BESONDEREN IN SACHSEN-ANHALT

Am 3. Oktober 1990 war es offiziell: Ost und West „vereinigten“ sich wieder. Ein deutsch-deutscher Taumel brach aus und endlich konnte ein neuer positiver Bezug in der deutschen Geschichte geschaffen werden. Doch kurz nach der Wiedervereinigung gingen die nächsten schockierenden Bilder aus Deutschland um die Welt. Gerade einmal 46 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges und dem Stoppen der industriellen Vernichtung von Menschen auf deutschem Boden, gab es wieder Pogrome und Tote. Diesmal waren Asylsuchende und Nicht-Deutsche die Opfer der deutschen Aggressionen geworden.

Vorweg gingen monatelange Hetzkampagnen in den deutschen Medien. Diese berichteten von einer angeblich bevorstehenden „Asylflut“ (Spiegel). Es wurde Öl in ein schon brennendes rassistisches Feuer gegossen und die Stimmung gegen sogenannte „Ausländer“ weiter angeheizt. Die Eskalation dieser „rassistischen Grundstimmung“ fand ihre Konsequenz in blutigen Pogromen in ganz Deutschland. Bekannteste Beispiele sind Hoyerswerda ('91) und Rostock-Lichtenhagen ('92), wo ein deutscher Mob tagelang vor Asyllagern wütete. Es wurde teils erfolgreich versucht, die Heime anzuzünden und somit der Tod von hunderten Menschen in Kauf genommen. Die Politik reagierte mit einem Einlenken und brachte „die Ungewollten“ aus den Städten, so dass Hoyerswerda als erste offizielle „ausländerfreie Stadt“ bejubelt werden konnte. Auch in Sachsen-Anhalt gab es allein im Jahr 1993 vier dokumentierte Anschläge auf Flüchtlingslager, so in Zielitz, Oebisfelde, Halle und Friedersdorf.<sup>1</sup>

Ebenfalls muss die Rolle von Politik und Polizei in diesem Kontext näher beleuchtet werden, da in vielen Fällen gar nicht oder erst zu spät eingegriffen wurde. Es lässt sich aus den Geschehnissen ablesen, dass die Pogrome politisch gewollt waren und akzeptiert wurden – aber nicht gesteuert. Denn die Konsequenz bundesdeutscher Innenpoli-

tik war 1993 der sogenannte „Asylkompromiss“. In die schon lange von Schwarz-Gelb (CDU/FDP) angestrebte Grundgesetzänderung lenkte im Jahr 1993 auch die SPD ein. Dies ermöglichte die Asylgesetzgebung so umzuschreiben, dass es seitdem kaum Möglichkeiten für Menschen gibt, in Deutschland Asyl gewährt zu bekommen. Festgeschrieben wurden:

1. das Prinzip der sicheren Drittstaaten: Menschen, die einen anderen EU-Mitgliedsstaat vorher betreten, dürfen nun kein Asyl mehr in der BRD stellen. Da die BRD umringt von solchen sicheren Drittstaaten liegt, bleibt:

2. Offiziell ist also nur noch die Einreise per Flugzeug möglich. Doch auch hier ließ sich die deutsche Politik mit Abschiebeknästen an Flughäfen ein europaweit einzigartiges Konzept einfallen. Die Flughafenregelung „garantiert“ ein Schnellverfahren direkt am Flughafen. Asylsuchende können somit direkt abgeschoben werden, ohne jemals einen Fuß auf deutschen Boden gesetzt zu haben.

3. Stammen Menschen aus „sicheren Herkunftsländern“ werden Asylanträge als „offenkundig un begründet“ abgelehnt und sie werden wieder abgeschoben, oft in andere europäische Länder, durch die sie (ein)reisen. Europa wird somit für viele Flüchtlinge zu einem Ping-Pong-Spiel.

4. Außerdem wurde 1993 das Asylbewerberleistungsgesetz eingeführt, das Flüchtlingen deutlich weniger Sozialhilfe als Deutschen zugesteht, teilweise Sachleistungen statt Geld vorsieht und die Unterbringung in Lagern, den sogenannten Gemeinschaftsunterkünften, regelt.

Nach 19 Jahren bedurfte es erst eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts, das feststellte, dass das Existenzminimum für alle Menschen in Deutschland gleich zu sein hat – unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Die Leistungen waren im gesamten Zeitraum kein einziges Mal den gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst worden.

<sup>1</sup> 21. Januar 1993 - Brandanschlag auf ein Flüchtlingswohnheim in Zielitz. Die Bewohnerinnen und Bewohner können einen der Täter stellen, der eine Brandflasche geworfen hatte.

7. Februar 1993 - Ein Flüchtlingsheim in Oebisfelde wird bei einem Brand vollständig zerstört. Die vier Personen, die sich zum Zeitpunkt des Brandes in der Baracke aufhalten, können sich in Sicherheit bringen. Ein Anschlag wird nicht ausgeschlossen.

27. Februar 1993 - In Halle skandieren rechte Jugendliche vor dem Flüchtlingsheim rassistische Parolen und werfen Steine gegen das Gebäude. Mit der Festnahme von zwölf Personen kann ein Überfall auf das Haus verhindert werden.

18. November 1993 - Durch einen Brandanschlag brennt eine von Flüchtlingen bewohnte Baracke in Friedersdorf vollständig aus. Personen werden nicht verletzt.

In diesem Jahr 2013 wird sich die faktische Abschaffung des Asylrechts zum zwanzigsten Mal jähren. In Deutschland herrscht auch heute noch immer ein rassistisches Klima, welches seit der Wiedervereinigung viele Tote in der Bundesrepublik zur Folge hatte. Menschen, die nicht „deutsch“ genug aussehen oder sonst nicht in das Raster der Polizeibeamten passen, werden an Bahnhöfen und Flughäfen massiv kontrolliert. Rassistische Polizeikontrollen oder Übergriffe gehören zum schrecklichen Alltag Nicht-Weißer Menschen. (<http://refugeeinitiativewittenberg.blogspot.de/2013/03/rassistische-polizeikontrollen-und-der.html#!/2013/03/rassistische-polizeikontrollen-und-der.html>)

#### - Europäische Außengrenzen -

Im europäischen und somit auch im deutschen Interesse werden Menschen an Europas Außengrenzen in wertvoll und wertfrei im Sinne der herrschenden Verwertungslogik geteilt. Ein europäisches Grenzschutzheer namens FRONTEX sorgt für die Durchsetzung dieser Interessen. Die Außengrenzen der EU werden immer weiter hochgerüstet und Nicht-EU-Länder dazu genötigt, schon innerhalb ihrer eigenen Grenzen Menschen an der Flucht zu hindern.

So auch in Sachsen-Anhalt. Hier verbrennen Menschen in Polizeizellen. Es gibt mindestens drei Todesopfer rassistischer Gewalt. Asylsuchende müssen noch immer unter miserablen Bedingungen in Lagern „leben“. Ein aktuelles Beispiel dazu ist der Landkreis Wittenberg und seit Neustem vor allem das kleine Dorf Vockerode: Der letzte traurige Höhepunkt war ein Angriff am 30. März 2013 durch Neonazis auf ein Flüchtlingslager. Drei Männer drangen dabei in einen der Wohnblöcke ein, traten eine Tür ein und griffen zwei Bewohner an. Den Bewohner\_innen gelang es in Folge durch eigene Kraft, die Angreifer solange festzuhalten, bis die alarmierte Polizei nach einer halben Stunde eintraf.

Dieser Angriff kann als Konsequenz des Nicht-Handelns der Politik und einer rassistischen Grundstimmung in Vockerode betrachtet werden. *„Während sich die Einwohner\_innen Vockerodes sehr schnell darüber beschweren konnten, in eine rechte Ecke gestellt zu werden, herrscht nach dem Übergriff Schweigen. Weder von Seiten der Bürgerinitiative, die nicht müde wurde, zu betonen, dass sie mit Nazis nichts zu tun und nichts gegen die Flüchtlinge habe, noch von offiziellen Stellen gab es bisher eine Stellungnahme.“* ([http://www.ludwigstrasse37.de/nolager/2013\\_04\\_08\\_vockerode\\_naziangriff.htm](http://www.ludwigstrasse37.de/nolager/2013_04_08_vockerode_naziangriff.htm))

In eigens angesetzten Bürgerversammlungen wird seit Monaten über eine „Lösung des Problems“ in Vockerode auf rassistische Weise diskutiert. Das Dorfleben werde angeblich durch zu viele „wilde“ Männer, Drogen und unhygienische Menschen gestört - eine bekannte Argumentation aus der rassistischen Trickkiste. Am liebsten wäre es den Dorfbewohner\_innen von Vockerode, wenn die „Fremden“ da hin gehen, wo sie hin gehören - eben nicht hier.

In dieser Stimmung witterte auch der NPD-Ortsverband Anhalt-Bitterfeld sein Glück und bot sich als „volksnaher Problemlöser“ an. Ein Angebot, das viele der Vockeroder Bürger\_innen annehmen. An einem Stand der NPD am 16.2.2013 fanden sich ca. 60 Menschen der 600-Seelen-Gemeinde ein, um sich über Lösungsansätze zu erkundigen. Vockerode ist kein Einzelfall was Bürgerinitiativen gegen Flüchtlinge betrifft. In Leipzig beispielsweise demonstrierten ebenfalls bis zu 150 Menschen gegen den geplanten Zuzug von Asylsuchenden.

Es gilt, sich dem rassistischen deutschen Normalzustand entgegenzustellen, uns mit den Betroffenen zu solidarisieren und ihre Kämpfe für Selbstbestimmung zu unterstützen. Der speziell deutsche völkische Rassismus hat bereits einmal seine verheerende Wirkung in großem Maßstab entfaltet. Sich mit aller Kraft gegen Rassismus und seine gesetzliche Verankerung zu stemmen, halten wir daher für unabdingbar.

WIR WOLLEN EINE WELT ERSCHAFFEN, IN DER ALLE MENSCHEN FREI LEBEN KÖNNEN.

DESHALB LAGER ABSCHAFFEN, RESIDENZPFLICHT ABSCHAFFEN UND ASYL FÜR ALLE!

RASSISMUS BEKÄMPFEN!

ANTIRANETLSA.BLOGSPORT.DE

**RASSISMUS TÖTET!**  
DURCH: POGROME · ASYLGESETZ · ABSCHIEBUNG · GEISTIGE BRANDSTIFTUNG

